

# Buchbinder-Zeitung

## Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 20

Original: Sonntags.  
Zugabe: vierteljährlich 1,50 M. Nur Postbest.  
Zustellung bei allen Postämtern.

Berlin, den 8. Mai 1932

Geschäftsstelle: Berlin O2, Neuer Markt 6-12 IV  
Telefon: Berlin 62, Kupfergraben 1129.  
Anzeigen werden nicht aufgenommen.

48. Jahrgang

### Nazistum auf die Betriebe.

Die letzten Wahlkämpfe im Reiche und in dessen verschiedenen Gliedstaaten haben den Faschisten einen Auftrieb gegeben, der seine Ursache in der unsagbaren Not hat, die auf einem großen Teil des Volkes lastet. Dieser unzweifelhafte Erfolg, erzielt durch allzu große Leichtgläubigkeit gegenüber unerfüllbaren Versprechungen und durch eine Demagogie, die alles seither Dagewesene weit in den Schatten stellte, wird nunmehr der Anlaß sein, daß sich der Faschismus mit aller Kraft auf die Betriebe stürzen wird. Das Jahr 1932 soll zu einem „Entscheidungsjahr gegen den Betriebsmargismus“ werden. Wie der Kampf geführt werden soll, ist aus Richtlinien zu ersehen, die trotz ihrer Vertraulichkeit in die Öffentlichkeit kamen. Die nationalsozialistische Betriebszellenorganisation (NSBO) soll als besondere Waffe zur Eroberung der Betriebe dienen. Sie wird hier auf Granit belagern, denn in den Betrieben steht die Elite der modernen Arbeiterbewegung, arbeitet der seit Jahrzehnten geschulte, intelligente Gewerkschaftsfunktionär. Die Schule der Organisation hat in wenigen Jahrzehnten aus dem stumpfsinnigen Arbeitstier den Klassenbewußten, wissensbegriffen und freibeitlich fühlenden deutschen Arbeiter gemacht, hat hier einen Menschentyp gezüchtet, der zum stärksten Bollwerk eines sozialistischen Staates geworden ist. Seit Jahren versuchen schon die Linksradikalen in diese Hochburgen der Gewerkschaftsbewegung einzudringen. Ihre Erfolge waren nicht sehr erhebend. Bei den Betriebsrätewahlen des Jahres 1931 z. B. erhielten die freien Gewerkschaften von 100 Arbeiterratsmitgliedern 83,6, die Christlichen 7,9, die Hirsch-Duncker'schen 1,1, die Kommunisten (KPD.) 3,4, die Nazis 0,5 und Sonstige, insbesondere Nichtorganisierte, 3,5. Die freien Gewerkschaften haben also ihre überragende Stellung zu halten gemußt. „In den weitaus meisten Betrieben, besonders den mittleren und kleineren, gilt eben doch der sozialdemokratische Vertrauensmann der freigewerkschaftlichen Organisation als der bessere Sachverwalter der eigenen Interessen der Arbeiter. Bei politischen Wahlen glaubt man vielfach, den Stimmungen freien Lauf lassen zu dürfen, während die Belegschaftsinteressen des einzelnen Betriebes dem Arbeiter näher liegen und er das Gefühl hat, sich eine andere als eine sachliche Einstellung nicht leisten zu können.“ So urteilt ein bürgerliches Blatt über die Bedeutung der freien Gewerkschaftsfunktionäre in den Betrieben. Und die Mitglieder unserer freien Verbände kennen die Tätigkeit ihrer Vertrauenspersonen aus eigener Erfahrung so gut, daß sie jetzt nicht daran

denken, diese abzulösen durch Abgesandte einer politischen Partei, deren Mut gegen die Arbeiterbewegung im ganzen sich auszeichnet durch Zug und Trug, Mord und Totschlag und der absoluten Mißachtung der Unverletzlichkeit eines Menschenlebens.

Welche Gesinnungslumperei die faschistischen Elemente beherrscht, zeigen die erwähnten vertraulichen Richtlinien, in denen u. a. gesagt wird, daß „die NSBO. als Gewerkschaft und als Vertretung vor den Arbeitsgerichten nicht anerkannt ist, und daß bei Streiks Unterstützungen nicht gezahlt werden können. Allerdings kommen ja Streiks wenig oder fast gar nicht in Betracht. Bedenken dieserhalb sind bei den Herren Pgs. Arbeitgebern zu zerstreuen.“ Hiermit charakterisiert die NSBO. sich selbst. Der Arbeiterschaft, die man für seine Bestrebungen einsparen will, werden goldene Berge versprochen, den Unternehmern gibt man mit Augurenlächeln zu verstehen, daß alles nur Theater ist, um Eingang in die Betriebe zu finden. Diese erbärmliche Gesinnung ist durch Kapitalistengold erlaubt worden, ist die jämmerlichste Gesinnungslumperei, die man sich nur denken kann. Daß die Nazis es mit den Pgs. Unternehmern nicht verderben wollen, zeigt folgender Satz: „Werden eigene Betriebszeitungen herausgegeben, so sind in den Illustrationen und im Text die Herren Arbeitgeber und leitende Beamte nicht zu kritisieren.“ Desto schärfer sollen natürlich die Gewerkschaftsfunktionäre verfolgt werden. Das heutige System sei scharf anzugreifen, sowie die arbeiterrätische Politik der Gewerkschafts- und SPD.-Bongzen. „Gerade das letzte leuchtet den Arbeitern am besten ein.“ Insbesondere sollen Lebensweise und Gehalt der Gewerkschaftsangehörigen, sowie deren Privatleben genau beobachtet werden, zumal „gerade die Wadung persönlichen Neids und Minderwertigkeitsgefühls beim Arbeiter oft später zur reifen politischen Erkenntnis führt.“

Die verschiedenen Richtungen innerhalb der Arbeiterbewegungen werden von den Faschisten ganz richtig eingeschätzt. In den Linksradikalen sehen sie weniger ihre Feinde, als vielmehr Bundesgenossen im Kampf gegen die Gewerkschaften. Das bringen die „vertraulichen“ Mittellungen in folgenden Sätzen zum Ausdruck: „Die akute Gefahr droht weniger von seiten der NSD. und KPD., als von seiten der von den Sozialdemokraten geführten Gewerkschaften. Hier hat der Kampf einzusetzen... Jeder Nationalsozialist ist verpflichtet, im Betriebe jeden marxistischen Funktionär, gleichgültig welcher Schattierung, mit genauer Adresse festzustellen. Wenn irgend möglich, muß versucht werden, sich von jedem dieser Leute eine Photographie zu verschaffen. Ist der Arbeitgeber Pg., so steht demselben das Recht zu, fortwährend auf dem laufenden gehalten zu werden. Auf diese Weise ist es möglich, daß die einzelnen Betriebe nach und nach von allen schädlichen Elementen gefäubert werden und eine große Anzahl unserer Pgs. in den Betrieben Arbeit finden. Auch dürfte solches Adressenmaterial nach unserer Machtergreifung von großer Bedeutung sein, um mit den Feinden

verein hatte sowohl den mit unserem Verband abgeschlossenen Mantelvertrag als auch den Lohnstarif zum 30. April gekündigt. Die Verhandlungen zum Neuabschluss des Mantelvertrages waren für den 3. Mai festgesetzt worden. In letzter Stunde sagte der Deutsche Buchdrucker-verein diese Verhandlungen ab, wahrscheinlich weil im Buchdruck selbst bis zur Stunde noch nicht zu erkennen ist, was dort für die Folge gelten soll.

### Was gilt für die Buchdruckereibuchbinder?

Im Buchdruck herrscht zur Zeit ein heillofes Durcheinander. Wie wir schon mittelten, ist der für den Buchdruckerverband gefällte Schieds-spruch von den Unternehmern angenommen, von den Gehilfen jedoch abgelehnt worden, und die Buchdruckereibesitzer haben dessen Verbindlichkeit beantragt. Der inhaltlich gleiche Schieds-spruch für Buchdruckereihilfsarbeiter fand ein umgekehrtes Geschick, er wurde von den Unternehmern abgelehnt und vom Hilfsarbeiterverband angenommen. Der Antrag auf Verbindlichkeit wurde in diesem Falle von den graphischen Hilfsarbeitern gestellt. Beide Anträge sind jedoch vom Reichsarbeitsministerium abgelehnt worden. Damit ist im Buchdruck eine Situation entstanden, die noch zu mancherlei Verwicklungen führen kann.

Dieses Durcheinander hat in seinen Auswirkungen auch auf unseren mit dem Deutschen Buchdrucker-verein abgeschlossenen Mantelvertrag und auf den Lohnstarif für Buchdruckereibuchbinder übergreifen. Der Deutsche Buchdrucker-

Da beim Ablauf der Kündigungsfrist für Mantelvertrag und Lohnstarif (30. April) neue Vereinbarungen noch nicht zustande gekommen sind, gelten die seitherigen Bestimmungen als in den Einzelarbeitsvertrag übergegangen. Der Inhalt des Mantelvertrages und des Lohnstarifs wirken demnach für unsere unter den Buchdruckereibuchbindervertrag arbeitenden Mitglieder zur Zeit unverändert fort. Ein neuer Verhandlungstermin ist noch nicht bestimmt worden.

des deutschen Volkes ein für allemal aufzuräumen...“

Die Gewerkschaften sind zwar mit der Zerstörungsarbeit der NSD. fertig geworden, doch die neue Gefahr durch die Nazis ist weit gefährlicher. Der Faschismus wird ausgeholfen von der Schwerindustrie und dem Großkapitalismus des In- und Auslandes. Doch trotz dieser starken Macht im Hinterhalt wird ihnen der geplante Sturm auf die Betriebe nicht gelingen. Die deutschen freien Gewerkschaften sind andere Menschen als die, die sich von politischen Abenteuerern haben einfangen lassen. Die deutschen freien Gewerkschafter folgen nicht einer Horde von Menschen, in deren Leitung mehr als reichlich moralisch verkommene Subjekte stehen. Die deutschen freien Gewerkschafter wissen, daß sie an ihren Verbänden in der größten Notzeit des Lebens den einzigen Schutz haben. Diesen Schutz lassen sie sich nicht antasten. Die Zersplitterung der Arbeiterbewegung ist schon jetzt groß genug, und ein Verbrechen wäre es, sie noch weiter zu vermehren. Die braungelben Unternehmerföhllinge haben in den Betrieben nichts zu suchen. Hier muß auch in Zukunft der kühl abwägende Gewerkschaftsfunktionär seine Tätigkeit ausüben. Der Faschistensturm auf die Betriebe muß mit einer solchen Niederlage für diese enden, daß die von Prinzen, Generalen und anderen „Arbeitern“ geführte Weiterentwicklungspartei elend zusammenbricht.

### Sie sind sich alle gleich!

Der Kongreß der Not, den die deutschen freien Gewerkschaften am 13. April abgehalten haben, hat den Reichsverband der deutschen Industrie auf den Plan gerufen. Diese Unternehmervereinigung versuchte auf ihrer letzten Tagung die Angriffe zurückzuweisen, die der Gewerkschaftskongreß gegen die deutschen Wirtschaftsführer wegen deren Unfähigkeit zur Leitung der wirtschaftlichen Geschäfte Deutschlands erhoben hat. Der Reichsverband sieht in diesen Angriffen nichts anderes als nur „eine bewußte Aufrechterhaltung und Schürung des Klassenkampfes“. Mit dieser Handbewegung glaubt er alles abtun zu können, was berechtigterweise gegen alle Fehlgänge in der deutschen Wirtschaft vorgebracht werden kann, die sich tagtäglich in erneuter Auflage zeigen. Er bezeichnet diese als Einzeltorkommnisse, aus denen allgemeine Verbädhtigungen gegen „die kaufmännische Ehrbarkeit“ nicht abgeleitet werden dürfen. Wenn eine Unternehmervereinigung von der Bedeutung des Reichsverbandes der deutschen Industrie die sich täglich mehrenden Fälle aus der Skandalchronik privatkapitalistischer Wirtschaftsführer nur als Einzeltorkommnisse bezeichnet, dann braucht es keinen Menschen mehr zu wundern, wenn die „kaufmännische Ehrbarkeit“ langsam aber sicher zu einem immer unbekannteren Begriff wird.

Der Reichsverband der deutschen Industrie verlangte auf seiner Tagung aber auch eine möglichst weitgehende Förderung der deutschen Ausfuhr unter gleichzeitiger Stärkung des Binnenmarktes. Weder zu dem einen noch zu dem anderen Punkte dieser Forderung verstand er sich zu einer klaren Stellungnahme. So lange infolge der selbstgewollten Abschmürung der einzelnen Länder voneinander durch unübersteigbare Zollmauern der Weg zur Förderung der Ausfuhr verbaut ist, kann von einer Steigerung des Außenhandels keine Rede sein. Will demnach der Reichsverband der deutschen Industrie die deutsche Ausfuhr heben, dann müßte er zunächst einmal die Beseitigung, mindestens jedoch den Abbau der Zollmauern fordern. Und

was er unter „Stärkung des Binnenmarktes“ verstanden wissen will, das sagt er auch nicht. Nach allgemeiner Unternehmerauffassung ist diese Stärkung des Binnenmarktes gleichbedeutend mit Kapitalbildung und der Kosten des Arbeitslohnes und der deutschen Sozialversicherungseinrichtungen.

Das hat der neue Mann einer anderen Unternehmergruppe, der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, bei seiner programmatischen Antrittsrede vor einigen Tagen ganz klar ausgesprochen. Der an die Stelle von E. v. Borstl getretene Dr. Röttgen ritt als neugebackener Vorsitzender dieser Vereinigung eine Attacke gegen die soziale Fürsorge, die doch wirklich in der letzten Zeit genugsam beschnitten worden ist. In seiner Antrittsrede betonte er, daß gegenwärtig 8½ Milliarden Mark gegen nur zwei Milliarden Mark im Jahre 1913 für die soziale Fürsorge verwandt würden. Darum sei für eine ausreichende Kapitalbildung der Wirtschaft seit 14 Jahren kein Raum geblieben und die Wirtschaft müsse sich von den Bindungen des Staates freimachen, und zwar sowohl von den Bindungen auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge als auch auf dem der Lohnpolitik. Die Unternehmer seien nicht gegen soziale Fürsorge, nicht gegen Tarifverträge, nicht gegen Koalitionsfreiheit, sie wünschen nur, daß sich der Staat nicht als Schützer der wirtschaftlich heute besonders Schwachen fühlt und daß er sich nur auf eine vermittelnde Hilfeleistung beschränkt. Er meinte, „die Unternehmer sind bereit, der Regierung die Verantwortung für die Lohnfestsetzung wieder abzunehmen. Sie fühlen sich stark genug, die wirtschaftlichen Erfordernisse und Möglichkeiten auch unter Beachtung politischer Momente richtig einzuschätzen. Die Beseitigung der Verbindlichkeitsklärung ist nach wie vor ein Hauptziel der Arbeit der Vereinigung.“

Die Forderung des neuen Mannes in der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände ist die Forderung des deutschen Unternehmertums schlechthin. Frei wollen sie sein von den

Bindungen tarifvertraglicher Natur, damit sie durch einseitiges Diktat der Lohn- und Arbeitsbedingungen ihre derzeitige wirtschaftliche Überlegenheit bis zum letzten ausnützen können. In der sozialen Fürsorge sehen sie eine Schwächung der Selbstverantwortung — des Versicherten selbstverständlich. Die Leistungen der sozialen Fürsorge müßten sich an die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft anpassen. Also nicht die Notwendigkeit der Erhaltung der Arbeitskräfte darf bestimmend sein, sondern der schlechte Wille der Unternehmer, die die unschuldigen Opfer ihrer üblen Mißwirtschaft zum alleinigen Tragen aller Folgen verurteilen wollen. Röttgen wandte sich gegen alle Eingriffe des Staates in die kapitalistische Wirtschaft, er verschwieg jedoch schamhaft, daß derselbe Staat durch seine Liebesgaben, Subventionen und Stützungsaktionen die deutsche Wirtschaft vor dem letzten bitteren Ende gerettet hat. Das ist Doppelzüngigkeit in Reinkultur.

Diese kurzen Andeutungen aus der Programmrede des neuen Mannes in der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände zeigen, daß sie sich alle gleich sind: Ob alt, ob neu, in ihrer Feindschaft gegen jeden sozialen Fortschritt finden sie sich immer wieder alle einträchtig zusammen.

## INTERNATIONALES

### Oesterreich.

Der Verein der Buchbinder und Papierverarbeiter Oesterreichs hält seine 9. ordentliche Generalversammlung am 8. Mai in Wien ab. Neben den allgemein üblichen geschäftlichen Dingen wird sich die Tagung mit der Wirtschaftskrise und dem Unterstützungswesen des Vereins beschäftigen. Die Ursache hierfür ist, daß sich die Wirtschaftskrise wie in allen Ländern, so auch in Oesterreich von starken nachteiligen Folgen für die Verbandskasse auswirkt.

Für die Papierverarbeitung hat der österreichische Verband jetzt einen neuen Mantelvertrag abschließen können. Der hierdurch ab-

## Die Not unserer Jugend.

Vom Landesarbeitsamt Rheinland wird mitgeteilt, daß in diesem Jahre noch stärker als in den Vorjahren Lehrlinge sofort nach Beendigung der Lehrzeit sowohl aus industriellen als auch aus Kleingewerbebetrieben zur Entlassung gekommen sind. Damit kennzeichnet das Landesarbeitsamt Rheinland — und mit ihm werden alle anderen Arbeitsämter die gleiche Feststellung machen müssen — die Lage für Ausgelernte. Nach den Mitteilungen des Präsidenten Syrup der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenfürsorge beträgt die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen zwischen 14 und 21 Jahren zur Zeit fast eine Million. Von den sechs Millionen Arbeitslosen im Reich ist demnach jeder sechste ein Jugendlicher.

Diese Massenarbeitslosigkeit der Jugendlichen wird zu einer sich ständig steigenden Gefahr nicht nur für diese selbst, sondern für die gesamte Volkswirtschaft. Der Arbeiter von heute ist eben doch etwas anderes als der vor fünfzig Jahren. Alle unsere hochentwickelten Berufe verlangen heute ganz andere Fähigkeiten, andere Intelligenz und Geschicklichkeit, die nur durch andauernde Beschäftigung erworben werden können. Prof. Dr. Ziertmann zergliedert den heutigen Arbeiter sehr zutreffend, wenn er sagt: „Der junge Arbeiter oder Handwerker, der nur bis zum 14. Lebensjahr die Volks-

schule besuchen kann, wird durch den Beruf, in den er nun eintritt, geformt. Zahlreiche Fähigkeiten, Eigenschaften, Kenntnisse, Gesinnungen und eine bestimmte innere Haltung, ebenfalls zusammengefaßt durch die sachlichen Notwendigkeiten des Berufs, wie sie durch Arbeitsaufgabe, Arbeitsstoff, Arbeitswerkzeuge, Arbeitsplatz und das Verhältnis zu den Arbeitskameraden bedingt sind, endlich auch durch die Stellung im Wirtschaftsprozeß, in der Gesellschaft und im Staat, gestalten diesen Menschen in der mannigfaltigsten Weise. So ergibt sich je ein bestimmter, nach seiner Stellung im Arbeitsprozeß abgestufter Menschentypus: vom Arbeiter am laufenden Band, bei dem nur ein ganz kleiner Teil des gesamten Menschenwesens geformt wird, bis zum hochqualifizierten Meister, der über eine große Menge von geordneten Kenntnissen, Fähigkeiten und anderen Eigenschaften verfügen muß.“

Diesen hochwertigen Menschen heranzubilden und ihn mit der notwendigen Bollkraft der beruflichen Erfahrung auszustatten, ist heute unmöglich geworden, da die Jugend — kaum in die Anfänge der beruflichen Fertigkeiten eingeführt — nur allzubaal als arbeitslos die Straße bevölkert. Wird hier nicht bald Abhilfe geschaffen, dann ist es mit der hochqualifizierten, überall anerkannten deutschen Qualitätsarbeit zu Ende. Diese Katastrophe gilt es zu verhüten.

gelöste Vertrag war bereits seit 1924 in Geltung. Wie überall, so ging auch bei dem jetzt neu-abgeschlossenen Vertrag der Kampf der Unternehmer um die Bezahlung der Ferien und Feiertage. Der neue Vertrag gilt bis zum 31. März 1935.

**Dänemark.**

Der dänische Verband hält nach dreijähriger Pause seinen ordentlichen Verbandstag in der Zeit vom 12. bis zum 14. Juni ab. Hauptberatungspunkte sind Fragen des Arbeitsverhältnisses, vor allem eine Stellungnahme gegen den Verein der Provinzbuchbindermeister. Dieser ist zwar Tarifkontrahent, jedoch übt er durch vorzugsweise Beschäftigung von jugendlichen Arbeiterinnen die schärfste Schmutzkonzurrenz aus, wodurch der ganze Vertrag in Gefahr gebracht wird.

Von Interesse sind Aufstellungen in der dänischen „Buchbinder-Zeitung“ über den Anteil des Arbeitslohnes der Buchbinder am Verkaufspreis des Buches. Die angestellten Berechnungen haben ergeben, daß für Bücher und Standardwerke bei einem Verkaufspreis von 4 bis 6,50 Kr. der Buchbinderlohn nur 3 bis 4 Oere betrug, bei Werken mit einem Verkaufspreis von 8,75 Kr. nur 8 bis 10 Oere. Der Verband hat durch seine Berechnungen nachgewiesen, daß der Buchbinderlohn im Durchschnitt nur ein Prozent vom Verkaufspreis des Buches ausmacht und daß darum eine Lohnveränderung keinen Einfluß auf den Verkaufspreis ausüben kann. Die Berechnungen wurden angestellt, um den Unternehmern den Nachweis zu liefern, daß deren Verlangen nach Lohnabbau zum Zweck einer Umsatzsteigerung nicht zu dem gewünschten Ziele führen kann.

Auch in Dänemark zeigen sich die Folgen der Wirtschaftskrise an der Entwicklung der Verbandsfinanzen. Während die Einnahmen des Verbandes in den Jahren 1930 und 1931 mit je 272 000 Kr. nahezu gleich waren, sind die Ausgaben für Unterstützungen von 246 000 Kr. im Jahre 1930 auf 311 000 im Jahre 1931 gestiegen.

**Holland.**

Der Niederländische Typographenbund, dem unsere Kollegenschaft angeschlossen ist, beruft seinen Verbandstag auf den 6. Juni und die folgenden Tage ein.

**Ernst Klar.**

Mit Ende des Monats April hat Kollege Ernst Klar, Angestellter des Gaues Schlesien und der Zahlstelle Breslau, aus gesundheitlichen Gründen seine Tätigkeit für unseren Verband einstellen müssen. Kollege Klar ist seit dem Jahre 1905 zunächst in der Zahlstelle Berlin, dann im Gau Schlesien und der Zahlstelle Breslau als Angestellter für unseren Verband tätig gewesen.

Ernst Klar hat sich stets bemüht, die ihm durch das Vertrauen der Mitglieder übertragenen Funktionen mit großer Hingabe an die Sache zur Zufriedenheit der Mitglieder und des Verbandsvorstandes durchzuführen. Mit ganzer Seele bei der Sache und stets bestrebt, das Beste für die Organisation zu vollbringen, ist er immer unbeirrbar in den vielen schwierigen Situationen seinen Obliegenheiten mit Energie, Fleiß und Treue nachgekommen.

Wir bedauern mit ihm, daß es ihm nicht vergönnt ist, noch weiterhin seinen ihm lieb gewordenen Posten auszufüllen. Die vielen Strapazen des Organisationslebens haben auch ihm frühzeitig die Erscheinungen des Alters aufgedrückt.

Der Verband hat dem Kollegen Klar, insbesondere auch für die Zeit seiner Berliner Tätigkeit, viel zu danken. Wir zollen ihm die verdiente Anerkennung mit dem aufrichtigen Wunsche, daß es ihm trotz seiner angegriffenen Gesundheit vergönnt sein möge, sich noch viele Jahre der verdienten Ruhe erfreuen zu können.

**Der Verbandsvorstand.**

**Falsche Ratgeber.**

Von dem Gedanken, daß körperlich und geistig zurückgebliebene Menschen im „leichten“ Handwerk des Buchbinders noch immer ihr Fortkommen finden können, ist man in den letzten Jahren glücklicherweise etwas abgekommen. Die überheute Maschinen- und Akkordarbeit hat augenfällig gelehrt, daß nur der Vollbesitz aller Kräfte ein Mithalten des Arbeitstempes verbürgt. Das Ausschleiden der schwachen Arbeitskräfte aus unseren Betrieben war zwar schon in regulären Zeiten beim Rückgang der Arbeitsaufträge üblich, seit dem Beginn des wirtschaftlichen Tiefstandes jedoch hat kein beruflich schwacher Arbeiter, keine schwache Arbeiterin Aussicht, wieder in die Betriebe zu kommen. An ungenügenden Arbeitskräften haben die Unternehmer kein Interesse, und die stattgefundenen Auslese der allen Anforderungen gerecht werdenden Arbeiter und Arbeiterinnen ist in der wohlwollenden Absicht erfolgt, zu jeder Zeit über die größtmögliche Anspannung der einzelnen Arbeitskräfte verfügen zu können und das vorgeschriebene Arbeitstempo nicht durch unzulängliche Leistungen hemmen zu lassen. Noch vor zehn Jahren war es üblich, daß in der Fachpresse Lehrstellen für geistig und körperlich Zurückgebliebene gesucht und sogar auch angeboten wurden. Doch niemand kümmerte sich um die bedauernswerten Menschen, die nach ihrem „Auslernen“ hilflos auf der Straße lagen und nur in Zeiten großen Bedarfs an Arbeitskräften eine kurz bemessene Gastrolle in den Betrieben geben konnten.

Die Zeiten haben sich nach der hier berührten Seite etwas gewandelt. Wenn es auch eine allgemeine Eignungsprüfung für Anwärter auf unseren Beruf noch nicht gibt, dann hat doch die Anschauung ständig an Boden gewonnen, daß die Anforderungen, die der Beruf des Buchbinders an die geistige und körperliche Reifigkeit stellt, nicht unterschätzt

werden darf. Ja, diese Ueberzeugung ist nachgerade Allgemeingut aller unseren Beruf praktisch Ausübender geworden.

Um so überraschter mußte man sein, als vor kurzem ausgerechnet ein Berliner Augenarzt, Dr. W. Feilchenfeld, in der Zeitschrift der Ortskrankenkasse Leipzig die Behauptung aufstellte, daß unser Beruf selbst noch für hochgradig Schachfichtige als geeignetes Tätigkeitsfeld angesehen werden könne. Es scheint, daß der Herr Doktor einen Buchbinderbetrieb noch nie von innen gesehen hat, und daß er darum ohne alle Sachkunde zu seinem Urteil kam. Jeder unserer Berufsangehörigen, sei es Meister, Gehilfe oder noch Lehrling, und auch jede Kollegin hätte ihm sagen können, in welchem hohem Maße das Gelingen der Arbeit des Buchbinders von einem guten Auge abhängt. Zu allen Arbeiten, angefangen beim Falzen, über das Vorrichten, Festschneiden, Deckenmachen, Pressen bis zum Fertigmachen und Nachsehen — um nur die wichtigsten Gruppen zu nennen — ist ein gutes, nein, das beste Augenmaß Voraussetzung für sachgemäßes und brauchbares Arbeiten. Wer diese Voraussetzung nicht mitbringt, wird Zeit seines Lebens ein Stümper im Beruf bleiben.

Wir haben darum alle Ursache, gegen solche Feststellungen energig Front zu machen, wie sie Herr Dr. Feilchenfeld, frei von jeder Berufskennntnis, trotzdem als ärztlicher Berater getroffen hat. Wenn sich schon der Arzt mit Fragen der Berufsauslese und Berufseignung beschäftigen darf — was natürlich an sich sehr zu begrüßen ist —, dann muß man doch verlangen, daß er auch etwas von den Dingen versteht, über die er urteilen will. Im anderen Falle kann sein falsch angewandter guter Wille zur Katastrophe für den bedauernswerten Menschen werden, der seinen Ratshlägen folgt.

**Der Gautag im Gau Sachsen.**

Zu unserem ordentlichen Gautag kamen nach vierjähriger Pause am 24. April in Chemnitz 82 Delegierte und Organisationsvertreter zusammen, um Stellung zu nehmen zur tariflichen Lage und zu den Aufgaben des Verbandstages. Eröffnet wurde der Gautag durch Darbietungen eines starken Spielmannszuges des Reichsbanners sowie durch Vorträge eines Prologs unseres Jugendleiters Kollegen Gaudisilb und der Rezitation einer Jugendkollegin, die einen sichtbar starken Eindruck bei den Anwesenden hervorriefen. Kollege Miering begrüßte den Gautag und die zahlreich erschienenen Gäste der Bruderorganisationen und anderer Körperschaften, insbesondere den Kollegen Maniet als Vertreter der „Graphischen Union“ in Reichenberg, Tschechoslowakei. Nachdem Kollege Hefschke zum 1. Vorsitzenden bestimmt worden war, berichtete Kollege Miering kurz über die abgelaufene Geschäftsperiode. Die trostlose Lage, in der sich der weitaus größte Teil der sächsischen Industrie befindet, hat auch auf unsere Berufe zum Teil verheerend gewirkt. Hatten wir 1929 „nur“ 6,7 Proz. Arbeitslose, dann waren es im März 1932 42 Proz. Die Mitgliederzahl ist um 15 Proz. zurückgegangen. Wenn schon im allgemeinen die Großstädte am schwersten unter der Krise gelitten haben, dann sind jedoch auch trankte Stellen am Organisationskörper vorhanden, durch die die Erhaltung der Reichstarife oft nur mit Hängen und Bangen möglich war. Die umfangreiche Arbeit des Gauleiters konnte nur mit Unterstützung von Kollegen aus anderen Orten geleistet werden. In der Betriebsräte- und Bildungsarbeit sowie der Jugendbewegung ist das möglichste geleistet worden. Der Kassenbestand hat trotz stärkster Drosselung der Ausgaben entsprechend dem Rückgang der Beiträge ab-

genommen. Kollege Miering dankte allen Funktionären für ihre Mitarbeit in schwerster Zeit, um zu halten, was wir haben, und bat, die Finte nicht ins Korn zu werfen, wenn größere Opfer verlangt werden.

Während der Aussprache über die Anträge, den Gau betreffend, wurde folgende Entschlußfassung eingebracht, die einstimmig Annahme fand:

„Der Gautag wolle den Antrag 162 (Berlin) ablehnen. Das feste und geschlossene Gebäude des Gaues Sachsen muß unter allen Umständen unerschütterlich bestehen bleiben im Interesse des einheitlichen Handelns. Gerade Leipzig muß und will auch fernerhin mit Rücksicht auf die besonders gelagerten Verhältnisse in Sachsen dem Gau erhalten bleiben.“

Nach der Mittagspause referierte Kollege Wienide-Berlin über „Die tarifliche Lage im Gewerbe“. Er verwies zunächst auf die tariflichen Verhältnisse der Vorkriegszeit und schilderte sodann den Aufbau auf tariflichem Gebiete in der Nachkriegszeit. In bezug auf die derzeitige Lage verwies er darauf, daß zur Zeit für 71 700 Berufsangehörige Tarife abgeschlossen sind, von denen rund 54 000 Berufsangehörige unter den verschiedenen Reichstarifen arbeiten. Bezüglich der allgemeinen Arbeitsbedingungen schilderte er in anschaulicher Weise den Kampf mit den verschiedenen Unternehmergruppen um die besonders wichtigen Bestimmungen der Tarifverträge (Ferien- und Feiertagsbezahlung). Dann gab er einen überaus interessanten Ueberblick über die Entwicklung der Löhne in den hauptsächlichsten Branchen unseres Berufes. Er verglich die Löhne der früheren Tarifverträge mit den jetzigen und besprach vor allem sehr eingehend die Lohnentwicklung in den letzten Monaten. An Hand einwandfreier statistischer Feststellungen gab er ein Bild über den Umfang des

Bohnabbaues in den wichtigsten Branchen und dessen Auswirkung auf die Gesamtheit unserer Berufsangehörigen, wie sie sich infolge der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 ergeben mußte. Zusammenfassend erklärte Kollege Wienide zum Schluß seiner mit großem Interesse aufgenommenen Darlegungen, daß es nie eine Zeit gegeben habe, in der es so bitter notwendig gewesen ist, die Berufsangehörigen durch engsten Zusammenhalt beieinanderzuhalten. Denn nur dann sei die Gewähr gegeben, daß das in jahrzehntelanger, mühevoller Gewerkschaftsarbeit aufgebaute nicht verloren gehe.

Dem Referat folgte eine lebhafte Aussprache, an der sich sieben Redner beteiligten, die die seitherige Lohn- und Tarifpolitik des Verbandes im allgemeinen billigten.

Zum Punkt „Anträge zum Verbandstag“ betonte Kollege Hefche, daß es das Wichtigste in dieser Zeit sei, unser Verbandsgebäude in Ordnung zu halten, ohne daß die notwendigen Opfer einseitig nur den Mitgliedern auferlegt werden. Die Fehlbeträge in unserer Kasse sind so groß, daß eine Senkung kaum möglich, wohl aber eine Minderung der Unterstützungen um den dritten Teil notwendig wird. Die Einführung des Obligatoriums für den Beitragsanteil zur Invalidenunterstützung und die Auszahlung der Unterstützung je 6 Tage je Woche sind gangbare Wege.

Im der sich anschließenden sehr regen Aussprache kam zum Ausdruck, daß die Aufrechterhaltung der Invalidenanwartschaft durch Zahlung eines Beitrages verfehlt werden müsse. Die Beitragsmitglieder Schabacker und Quasas übten scharfe Kritik am Verbandsvorstand, weil dieser nicht schon früher Einschränkungen im Unterstützungswesen von sich aus vorgenommen hat. An Anregungen habe es nicht gefehlt. Die weiteren Redner brachten zum Ausdruck, daß der Verbandstag eine schwere Aufgabe habe, seine Beschlüsse können jedoch nur Notmaßnahmen sein.

Unter anfeuernden Worten des Kollegen Hefche, alles zu tun zur Erhaltung des Verbandes und abzuwehren dort, wo es nötig ist, nahm der Gautag mit einem dreifachen Hoch auf den Verband sein Ende. **M. Quasas-Dresden.**

**Was tut not?**

Nach nie hatte ein Verbandstag unserer Organisation so schwere Aufgaben zu lösen wie der bevorstehende. Zwar hat für das Verbandsleben sehr wichtige Entscheidungen noch jeder Verbandstag zu treffen, doch war die Wirtschaftslage noch nie so schlimm wie zur Zeit. Einschneidende Beschlüsse muß der Verbandstag fällen, um die Ausgaben unserer Verbandskasse mit deren Einnahmen in Einklang zu bringen. Die vorkliegenden Anträge gehen so weit auseinander, daß es fast unmöglich erscheint, aus dem Durcheinander etwas Brauchbares herauszuschälen. Die materielle Kommission wird wirklich nicht zu beneiden sein.

Die erste Aufgabe unseres Verbandes ist und bleibt die Hebung der wirtschaftlichen Lage seiner Mitglieder. Zur Erfüllung dieser Aufgabe ist eine gut organisierte und disziplinierte Kollegenchaft notwendig, die — wenn es sein muß — auch zu kämpfen versteht. Um aber die Kämpfer kampffähig zu erhalten, sind entsprechende Unterstützungseinrichtungen notwendig, die wiederum ein gesundes Finanzgebaren erfordern. Hieraus ergibt sich die Schlussfolgerung, daß die Grundlage die Regelung der Beitrags- und Unterstützungsforderung ist. Diese bildet das Rückgrat unseres Finanzwesens. Dazu liegen nicht weniger als 142 Anträge vor, die zweifellos alle von den Antragstellern gut gemeint, aber so unterschiedlich sind, daß es sehr schwer werden wird, etwas Brauchbares aus ihnen herauszuarbeiten.

Wie steht es zunächst mit unseren Beiträgen? Eine Anzahl der Anträge verlangen einen Abbau. Da muß mit aller Deutlichkeit gesagt werden, daß ein Abbau unserer Beiträge unmöglich ist! Die Befürworter eines Beitragsabbaues lassen leider zwei Hauptmomente außer Betracht. Erstens die Tatsache, daß in den Jahren 1928 und 1929 zweimal Lohn erhöhungen im ganzen Reich erfolgt sind, ohne daß entsprechende Erhöhungen unserer Beiträge erfolgt wären. Wäre letzteres geschehen, dann könnte jetzt sehr wohl die Möglichkeit erwogen werden, die letzten Beitragserhöhungen wieder

abzubauen. Nun sind aber leider die genannten Erhöhungen unterlassen worden, so daß jetzt auch ein Abbau unmöglich ist. Was versäumt wurde aufzubauen, das kann logischerweise auch nicht abgebaut werden. Aber auch das zweite, nicht weniger schwerwiegende Moment muß in Rechnung gestellt werden, um nicht den Arbeitslosen ein großes Unrecht zuzufügen. Jeder Beitragsabbau, selbst wenn er nur 10 Pf. beträgt, zieht als logische Folge Abstriche an den Unterstützungssätzen nach sich. Diese Wirkung wird niemand mit voller Absicht herbeiführen wollen, zumal damit die Kernsten der Armen die ganze Last zu tragen hätten. Es soll keineswegs verkannt werden, daß es auch allen Kurzarbeitern schlecht geht. Diese Erkenntnis hat dazu geführt, daß ihnen eine im Verhältnis zur Kurzarbeit stehende Erleichterung in der Beitragsleistung eingeräumt wurde. Es steht also schlimm um die Kurzarbeiter, doch noch viel schlimmer ergeht es den Arbeitslosen, zumal dann, wenn die Arbeitslosigkeit schon Jahre dauert, was keine Seltenheit ist. Der Arbeitslose muß feilsch zugrunde gehen, wenn er gar keine Möglichkeit sieht, seine Arbeitskraft jemals wieder verwerten zu können. Der Kurzarbeiter hat immer noch die Tatsache als eine gewisse Beruhigung voraus, daß ihm seine Arbeitsstelle noch erhalten geblieben ist und er verschont blieb, in das große Meer der Arbeitslosen gestossen zu werden. Diese wenigen Hinweise dürften genügen, um die Unmöglichkeit eines Abbaues unserer Beiträge zu beweisen.

Wie steht es nun mit unseren Unterstützungseinrichtungen? Unser Verband ist einer von den wenigen, die bis zur Stunde ihre Unterstützungseinrichtungen nicht nur vollständig aufrechterhalten konnten, sondern darüber hinaus noch außerstatutarische Leistungen aufbrachten. Da darf man ohne jede Ueberhebung sagen, dies ist eine Leistung, auf die wir stolz sein können! Nummeriert ist jedoch der Zeitpunkt gekommen, der uns zwingt, eine Sanierung unserer Verbandsfinanzen vorzunehmen. Ein weiteres Hinausschieben ist, so schwer es auch antommt, nicht mehr möglich. Es müssen Abstriche an allen Sägen unserer weit verzweigten Unterstützungseinrichtungen vorgenommen werden, jedoch werden diese in tragbaren Grenzen bleiben können, wenn die seitherigen Beiträge bestehen bleiben. Darüber besteht kein Zweifel, daß jede Kürzung unserer Unterstützungssätze schmerzhaft für die Betroffenen sein muß. In bezug auf die Arbeitslosenunterstützung wird die materielle Kommission recht sorgfältig prüfen müssen, ob die Vorlage des Verbandsvorstandes nicht etwas gemildert werden kann. Die Krankenunterstützung auf ein Jahr vollständig einzustellen, ist kaum möglich. Bezüglich der Invalidenunterstützung und der übrigen Unterstützungszweige gilt das gleiche, was ich zur Arbeitslosenunterstützung sagte.

Der Verbandstag muß die Einnahmen und Ausgaben unseres Verbandes in Einklang bringen. Ungeheuer schwer ist die Verantwortung, die auf allen Delegierten lastet. Bernunft und tüchte Ueberlegung muß bei der Entscheidung obwalten. Geschickt das, dann wird der Verbandstag seine Beschlüsse so fassen, daß sich diese im Interesse des Verbandes und der Gesamtkollegenchaft gut auswirken. **Veritas.**

**Gau Württemberg und Baden.**

Der Gauvorstand beruft auf Samstag, den 11., und Sonntag, den 12. Juni, den ordentlichen

**Gautag**

nach Stuttgart, Metallarbeiterheim, Kanälestr. 33, ein.

**Vorläufige Tagesordnung:**

1. Geschäfts- und Kassenbericht des Gauvorstandes.
2. Bericht vom Verbandstag.
3. Beratung der gestellten Anträge.
4. Vortrag.
5. Verschiedenes.

Der Gautag beginnt am Samstag, dem 11. Juni, nachmittags 4 Uhr.

Den Zahlstellen und Einzelmitgliedern im Gau gehen weitere Mitteilungen durch Rundschreiben nach zu.

**Der Gauvorstand.**  
J. M.: P. Döbbling.

**Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes.**

1. Ergebnis der Wahl der Delegierten zum Verbandstag. In Ergänzung unserer Bekanntmachung in der letzten Nummer der „Buchbinder-Zeitung“ sei mitgeteilt, daß der von den Wahlkontrollleuren des 15. Bezirks erhobene Einspruch gegen die Wahlhandlung in einer Zahlstelle sich nach den angestellten Erhebungen als begründet erwiesen hat. Der Verbandsvorstand ist deshalb der Entscheidung der Wahlkontrollleure beigetreten und gibt somit Kollege Wilhelm Rathe-Braunschweig als Delegierter des 15. Bezirks.

Für den 30. Bezirk sind infolge Versehens der Druckerei zwei Delegierte nicht mit veröffentlicht worden. Es sind dies die Kollegen Arthur Schlesinger und Wilhelm Thiem, beide Leipzig.

2. Achtung, Kaffierer! Nach einer Mitteilung der Zahlstelle Frankfurt a. M. reißt das Mitglied des Ungarischen Buchbinder-Verbandes Alfred Salomon aus Budapest mit einer roten Auslandskarte, die keine Nummer trägt, und beanprucht darauf die Arbeitslosenunterstützung unseres Verbandes, die ihm auch von einigen Zahlstellen ausbezahlt wurde. Der Genannte ist zur Zeit nicht bezugsberechtigt und hat daher keinen Anspruch auf die ordentliche Arbeitslosenunterstützung.

Zur Kontrolle seiner Karte ersuchen wir die Kaffierer, dieselbe einzubehalten und uns vorzulegen.

**Abrechnungen**

vom ersten Quartal 1932 gingen bis zum 3. Mai bei der Verbandskasse ein von: Frankfurt a. d. D. 200,— Mark, Potsdam-Nowames —, Mark. = Gau Hanja 50,— Mark. = Halberstadt —, Mark. = Gau Hannover 1000,— Mark., Bielefeld —, Mark., Braunschweig 1200,— Mark. = Darmstadt —, Mark., Frankfurt a. M.-Offenbach 2100,— Mark., Grünstadt —, Mark., Mannheim —, Mark. = Gotha —, Mark., Jena 125,— Mark. = Freiburg —, Mark., Karlsruhe —, Mark., Kirchheim-Teck —, Mark., Pforzheim —, Mark. = Gau Nordbavarn 80,15 Mark., Nürnberg-Fürth 1809,40 Mark., Schweinfurt —, Mark., Würzburg 600,— Mark. = Augsburg 200,— Mark.

**Der Verbandsvorstand.**

**Storbetafel.**

Im Monat April sind uns nachstehende Mitglieder als verstorben gemeldet worden:

- |  |   |
|--|---|
| <b>Dresden:</b> Hugo Rehnert, Buchbinder, 49 Jahre, Bluthurz.                              | — Georg Meyer, Buchbinder-Invalide, 70 Jahre, Herzleiden.                               |
| <b>Frankfurt a. d. O.:</b> Alfred Rösler, Buchbinder, 25 Jahre, Kehltopfschwundluch.       | <b>Leipzig:</b> Emil Diem, Buchbinder-Invalide, 68 Jahre, Herzschlag.                   |
| <b>Gau Württemberg und Baden:</b> Oswald Wunsch, Buchbinder, 29 Jahre, Blinddarmoperation. | — Robert Kummer, Buchbinder-Invalide, 75 Jahre, Gehirnschlag.                           |
| <b>Grünstadt:</b> Wilhelm Kronmeyer, Presser, 49 Jahre, Darmleiden.                        | — Emil Schmidt, Buchbinder-Invalide, 68 Jahre, Herzschlag.                              |
| <b>Hamburg:</b> Albrecht Ippenberger, Buchbinder, 65 Jahre.                                | <b>Nürnberg-Fürth:</b> Babette Högerl, Buchbinderleiarbeiterin, 32 Jahre, Lungenleiden. |
| <b>Hannover:</b> Wilhelm Henze, Buchbinder, 46 Jahre, Lungenleiden.                        | <b>Stuttgart:</b> Anna Wehler, Buchbinderleiarbeiterin, 49 Jahre, Lungenleiden.         |

Allen ein ehrendes Andenken!